

Wachsende Region – wachsende Interkommunale Zusammenarbeit?

In den vergangenen Jahren wurde unter der Überschrift „Demographischer Wandel“ überwiegend ein Schrumpfungsprozess beschrieben: ausgehend von einer älter und kleiner werdenden Bevölkerung wurden Fragen des Rückbaus und der Optimierung kommunaler Infrastruktur und Dienstleistungen diskutiert.

Die aktuellen Entwicklungen zeichnen ein differenzierteres Bild: Zu den nach wie vor bestehenden Schrumpfungstendenzen in weiten Teilen der Bundesrepublik gesellen sich boomende Regionen rund um Großstädte. Diese wachsen weiter und selbst die Geburtenrate macht eine leichte Bewegung nach oben. Es ist unstreitig, dass diese auseinanderlaufende Schere – die zum Teil sogar sehr kleinräumig zwischen Boomregionen und direkt angrenzenden Schrumpfreionen verläuft – mit Konzepten der Einwohnerbindung verlangsamt werden sollte.

Dennoch braucht es auch für wachsende Regionen zukunftsweisende Ansätze, wie öffentliche Dienstleistungen in hoher Qualität wirtschaftlich angeboten werden können. Spezialisierung der Dienstleistungen und steigende Anforderungen aus der Bürgerschaft auf der einen Seite stehen zunehmende Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung – Stichwort Fachkräftemangel – gegenüber. Die öffentlichen Unternehmen, Eigenbetriebe und auch die Verwaltungen selbst sind hier gefordert – gerade in kleineren und mittleren Kommunen.

Versorgung: In den Kernbereichen der kommunalen Daseinsvorsorge – wie beispielsweise der Wasser- und Abwasser-versorgung steigen die Anforderungen kontinuierlich: Hygienevorschriften, Sicherstellung des Netzbetriebes, Gebietsentwässerungsaufgaben stellen gerade kleinere Kommunen vor große Herausforderungen. Und nicht immer kann das entsprechend qualifizierte Personal für diese Aufgaben gewonnen werden. Neben den klassischen Zweckverbänden können auch regionale Stadtwerke mit Betriebsführungen Aufgaben übernehmen, die bisher zum großen Teil in den Kernverwaltungen vorgehalten wurden. Die jeweiligen Kommunen bleiben dabei vollständig Herr über ihre Netze und haben weiterhin Einfluss auf die Ausgestaltung der Tätigkeiten.

Wohnraum: Lag in den vergangenen Jahren der Schwerpunkt auf der Innenentwicklung, so gibt es erste Ansätze für ein Umdenken in Richtung neuer Baugebiete. Da die Belange des Umwelt- und Artenschutzes weiterhin eine hohe Bedeutung ha-

ben und die räumlichen Verhältnisse in den Ober- und Mittelzentren bereits beengt sind, gewinnt auch hier die regionale Siedlungsentwicklung an Bedeutung. Ziel muss es dabei sein, einen gerechten Lastenausgleich zwischen den Zentren und ihrer Peripherie zu organisieren.

Verwaltung: Aber auch die Kernbereiche der Verwaltung bieten Potenzial für Kooperationen. Im Personenstandswesen könnten schwierige Fallkonstellationen zentral überörtlich erledigt werden, während häufigere Dienstleistungen weiterhin dezentral angeboten werden könnten. Ähnliche Möglichkeiten ergeben sich darüber hinaus im Bereich der Kassenverwaltung oder auch gemeinsamen Online-Lösungen bei Bürgerservice-Angeboten.

Viele der genannten Ansatzpunkte werden nicht sofort auf Gegenliebe in den politischen Gremien stoßen. Jede Abwanderung von Zuständigkeiten – und sei sie auch eher gefühlt als real – kann gerade in kleineren Kommunen zu „Verlustängsten“ führen. Hier wird es darauf ankommen, die Kooperation tatsächlich partnerschaftlich auszugestalten und zu leben. Die konkreten Organisationsformen – ob Zweckverband, Anstalt oder GmbH – spielen dabei eine eher untergeordnete Rolle.

Mancher der eingangs genannten Diskussionspunkte ähnelt sogar den Optimierungsdiskursen in den schrumpfenden Regionen. Die Ansätze könnten also durchaus näher beieinander liegen als es die unterschiedliche Ausgangslage zunächst vermuten lässt. Genug Gelegenheit also, voneinander zu lernen.

Ihr



Roman Götzmann
Oberbürgermeister der Stadt Waldkirch

